

Antrag**der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke und Daniel Karrais u. a. FDP/DVP****Welche Folgen hat der Stopp der EnBW-Offshore-Windprojekte Mona und Morgan?**

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie hoch nach Kenntnis der Landesregierung sich die Gesamtinvestitionen der EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) in die Offshore-Windprojekte Mona und Morgan beliefen;
2. wie sich die durch die Nichtfortführung der Offshore-Windprojekte Mona und Morgan in Großbritannien ausgelösten außerplanmäßigen Abschreibungen auf die Beteiligungen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro zusammensetzen;
3. welche Auswirkungen der Wertverlust in Höhe von 1,2 Milliarden Euro auf die wirtschaftliche Lage der EnBW hat, insbesondere auf Eigenkapital und Investitionsspielräume;
4. welche Auswirkungen der Wertverlust in Höhe von 1,2 Milliarden Euro auf das Land Baden-Württemberg als Anteilseigner der EnBW hat, insbesondere im Hinblick auf Dividendenperspektiven und Haushaltsrisiken;
5. inwiefern das Risiko eines Ausfalls der Investitionen in die Offshore-Windprojekte Mona und Morgan Gegenstand der Gespräche und Beschlüsse über eine Kapitalerhöhung in Höhe von drei Milliarden Euro für die EnBW war;
6. wann der Landesregierung zum ersten Mal Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Offshore-Windprojekte Mona und Morgan bekannt geworden sind;
7. wann der Landesregierung bekannt wurde, dass die Offshore-Windprojekte Mona und Morgan ohne eine Förderung bzw. Erlösabsicherung über „Contracts for Difference“ (CfD) wirtschaftlich nicht mehr tragfähig sind und ob sie daraus den Schluss zieht, dass Offshore-Windenergieprojekte grundsätzlich nur mit staatlicher Förderung umsetzbar sind;
8. in welchem Umfang die EnBW aus Sicht der Landesregierung darauf vertrauen durfte, bei der Entscheidung der britischen Regierung über eine staatliche Förderung der Offshore-Windprojekte Mona und Morgan berücksichtigt zu werden und ob es seitens der britischen Regierung Zusagen oder Versprechungen gab;
9. ob der Landesregierung Finanzierungs- oder Wirtschaftlichkeitsprobleme auch bei weiteren Offshore-Windenergieprojekten der EnBW bekannt sind und falls ja, welche Projekte hiervon betroffen sind;
10. welche Auswirkungen der Projektstopp auf die strategischen Unternehmensziele der EnBW hat – insbesondere mit Blick auf Ausbauziele im Bereich erneuerbarer Energien sowie Investitions- und Transformationspfade und welche Investitionsalternativen die EnBW nun zusätzlich ins Auge fasst;
11. inwieweit die Landesregierung in die Offshore-Windprojekte Mona und Morgan politisch oder anderweitig eingebunden war und ob hierzu Gespräche, Termine oder sonstige Aktivitäten der Landesregierung mit der EnBW oder weiteren Beteiligten stattgefunden haben (bitte mit Datum, Teilnehmenden und Anlass);

12. wie die Landesregierung die von der EnBW genannten verschlechterten Rahmenbedingungen – insbesondere signifikante Kostensteigerungen in der Lieferkette, höhere Zinssätze und anhaltende Projektumsetzungsrisiken – im Zusammenhang mit den Offshore-Windprojekten Mona und Morgan bewertet und ob vergleichbare Risiken auch bei in Baden-Württemberg geplanten Windenergieprojekten bestehen.

16.1.2026

Dr. Rülke, Karrais, Hoher, Goll, Haußmann, Dr. Kern, Weinmann, Birnstock, Fink-Trauschel, Fischer, Haag, Heitlinger, Dr. Jung, Reith, Scheerer FDP/DVP

Begründung

Am 15. Januar 2026 hat die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) bekanntgegeben, die Offshore-Windprojekte Mona und Morgan in Großbritannien nicht weiterzuverfolgen. Diese wurden gemeinsam mit dem Joint Venture Jera Nex BP (JNBP) entwickelt. Geplant waren zwei Projekte mit einer potenziellen Gesamtleistung von rund drei Gigawatt in der Irischen See.

Die Nichtfortführung der Projekte wird im Jahresabschluss 2025 durch außerplanmäßige Abschreibungen auf die Beteiligungen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro berücksichtigt. Diese Abschreibungen sind nicht zahlungswirksam und wirken sich nicht auf das bereinigte EBITDA aus.

Als Grund für den Rückzug nennt die EnBW, dass die Projekte in der jüngst abgeschlossenen Allokationsrunde des britischen Ministeriums für Energiesicherheit und Net Zero keine staatliche Förderung über das Finanzierungsmodell der sogenannten „Contracts for Difference“ erhalten haben.

In Kombination mit weiteren, nicht beeinflussbaren Faktoren – insbesondere erheblichen Kostensteigerungen in der Lieferkette, höheren Zinssätzen sowie anhaltenden Projektumsetzungsrisiken – sei die Wirtschaftlichkeit der Projekte nach EnBW-Maßstäben nicht mehr gegeben.

Der vorliegende Antrag beleuchtet die Folgen dieses Projektstopps für die EnBW und das Land Baden-Württemberg.